

#### 4. Können Sprachkonflikte neutralisiert werden?

Das Schweizer, das kanadische und vor allem das belgische Beispiel zeigen, daß es eine Reihe von Denkansätzen und Konzepten gibt, die Konflikte erfolgreich neutralisieren können. Im Lichte kontaktlinguistischer Forschungsergebnisse dürften jedoch universelle Lösungsmodelle wenig sinnvoll sein, da sie weder die Spezifität noch die situativen und kontextuellen Bedingungen multikultureller und multilingualer Gegebenheiten berücksichtigen. Amtlich mehrsprachige Länder zeigen einige Lösungsvorschläge auf:

1) Das im Zusammenhang mit dynamischen Faktoren bereits hervorgehobene Territorialitätsprinzip hat in Ländern wie der Schweiz, Belgien und der kanadischen Provinz Quebec das Personalitäts- oder Individualitätsprinzip verdrängt und zu getrennten Netzwerken und Infrastrukturen geführt, die sich als institutionalisierte Mehrsprachigkeit (im Gegensatz zur früheren individualisierten Mehrsprachigkeit) beschreiben lassen: In der Folge hat die infrastrukturelle Trennung der Bildungssysteme in der Schweiz und in Belgien dazu geführt, daß in diesen vier- bzw. dreisprachigen Ländern mehrsprachige Schulen und Universitäten fast unbekannt sind.

2) Zur jüngsten Sprachpolitik mehrsprachiger Länder gehört der Versuch der „Entemotionalisierung“ von sprachlichen Konflikten, so daß Sprachkonflikte zwar noch als Ausdruck von sozioökonomischer Ungleichheit, nicht aber als Kulturkonflikt „an sich“ gelten. Eine der wesentlichen Möglichkeiten, Sprachkonflikte dieser Art zu vermeiden, ist der überaus vorsichtige Gebrauch von Sprachzählungsdaten (Zensusdaten). So hat Belgien aufgrund negativer Erfahrungen in den letzten 100 Jahren das staatlich verordnete Zählen und sprachliche Zuordnen von Staatsbürgern seit dem Jahre 1947 nach einer außerordentlich schweren Regierungskrise gesetzlich untersagt. Indirekt wurde damit der Weg eröffnet, Minderheiten mehr Rechte zuzubilligen, als ihnen aufgrund ihres prozentualen Anteils an der Gesamtbevölkerung zukommen.

3) Hieraus entwickelte sich Anfang der neunziger Jahre die Idee der positiven Diskrimination, wodurch Minderheiten besonders geschützt werden können. So ist die Klassenstärke an den Schulen der flämischen Minderheit in Brüssel durchweg geringer als die der frankophonen Mehrheit, da die belgische Sprachpolitik bereits in der Vergangenheit von einem besonderen Förderungsbedarf der kleineren Sprachgemeinschaften ausgegangen ist.

4) In jüngster Zeit scheinen auch die Sprachen als gesellschaftlicher Umweltfaktor des Menschen an Bedeutung zu gewinnen, so daß ökolinguistische Überlegungen die Lebenswelt und Gemeinschaft von Minderheitssprechern stärker berücksichtigen. Als erster Erfolg zeichnet sich die Vermeidung landesweiter, zentralistischer Sprachplanung ab, die von einem regionalen und menschlicheren „aménagement linguistique“, einem in Rücksprache mit Sprechern kleinerer Sprachen und Sprachgemeinschaften und zudem ökologisch bestimmten „Sprachhaushalt“ abgelöst wird.